

Beschluss des Landrats vom 03.12.2020

Nr. 669

15. Fragestunde der Landratssitzung vom 3. Dezember 2020 2020/593; Protokoll: ble

1. Thomas Eugster: Contact Tracing

Thomas Eugster (FDP) hat folgende Zusatzfrage zur Antwort auf Frage 1.2.: *Wann sind die Ressourcen parat und aktiv, damit das Contact Tracing wieder hergestellt werden kann?*

Zusatzfrage zur Frage 1.3. *Ist der Kanton gewillt, zusammen mit den betroffenen Gemeinden – Pratteln und Liestal vor allem – die Bevölkerung gezielt in mehrsprachiger Form über Corona-massnahmen zu informieren und stärker für Covid-Tests zu motivieren?*

Antwort (erste Frage): Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) sagt, im Rahmen des Quarantänemanagements könne eine Person ungefähr drei Personen und deren Umfeld pro Tag abdecken, d. h. es braucht aktuell etwas über 100 FTEs, also Vollzeitstellen. Man ist daran, dies mit den verfügbaren Ressourcen vorzubereiten. Für den Fall, dass eine Telefonistin nicht klarkommt, braucht es auch das medizinische Personal, eine Ärztin oder medizinische Praxisassistentin. In Bezug auf die Bedrohungslage stehen speziell die Festtage im Fokus. Denn in Folge der erwarteten Reisetätigkeit – auch ins Ausland – wird es vermutlich wieder signifikant mehr Fälle geben, und man sollte bereit sein. Ziel müsste es sein, bis Anfang oder Mitte Jänner, wenn die Schule wieder beginnt, den Vollausbau zu haben. Dies hängt noch ein wenig von der Verfügbarkeit des Personals ab.

Antwort (zweite Frage): Ja, man ist in der Tat bereit und wird in den 16 Sprachen nach den Schemata des BAG gemeinsam mit den Gemeinden versuchen, dies noch stärker an den Mann und die Frau zu bringen respektive die Haushalte zu informieren. Man wird auch über die Internetkanäle in den entsprechenden Browsersprachen informieren.

Roman Brunner (SP) hat folgende Zusatzfrage: *Der Regierungsrat ist überzeugt, das Contact Tracing brauche es. Sieht der Regierungsrat noch andere Massnahmen vor zur Eindämmung der Corona-Pandemie?*

Antwort: Es brauche ein «Dreibein» von Massnahmen, antwortet Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP), um die Pandemie in den Griff zu bekommen: Testen, Tracing, Massnahmen gegenüber der Bevölkerung. Letztere hatte man immer sehr stark im Fokus. Es geht um Ladenschliessungen, Maskenpflicht usw. Testen und Tracing sind entscheidend, um die Leute zu erreichen, die übertragen. Dabei geht es auch um Leute, die asymptomatisch aber trotzdem Virusträger sind, und das ist ein signifikant hoher Anteil der Bevölkerung. Das Testen muss in enger Zusammenarbeit mit der Wissenschaft und dem Bund erfolgen. Es müssen alle drei Pfeiler gestärkt werden. Der Schlüssel sind hier – wenn man beispielsweise nach Südtirol schaut – Massentestings; das bedingt, dass man auch Speicheltests machen kann, bei welchen es nicht immer medizinisches Fachpersonal braucht. Als drittes hat man – wenn notwendig – Massnahmen gegenüber der Bevölkerung im Köcher, die aber immer auch eine Interessenabwägung zwischen Kollateralschäden und Direktwirkungen bedingen.

Markus Dudlers (CVP) Zusatzfrage lautet: *Werden die Haus- und Kinderärzte in das künftige Konzept des Contact Tracing mit eingebunden oder werden sie optimalerweise entlastet davon, weil sie ja bereits zusätzlich belastet sind?*

Antwort: Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) erwidert, wenn das Tracing ausgebaut sei, so sei es auch nicht erforderlich, dass Haus- und Kinderärzte «tracen». Das ist auch heute nicht erforderlich. Natürlich muss ein Arzt es verfolgen, wenn einer seiner Patienten Covid-positiv ist, ihn oder sie im Rahmen des Krankheitsverlaufs zu betreuen. Nicht jedes Telefonat, das ein Hausarzt macht, ist ein Tracing, sondern ist möglicherweise Teil seines Behandlungsauftrags. Das Tracing soll nicht an die Arztpraxen abgeschüffelt werden.

Klaus Kirchmayr (Grüne) hat folgende Zusatzfrage: *Werden Daten im Contact Tracing erfasst und wenn ja, werden diese allenfalls weitergegeben, beispielsweise für Kontrollen, ob kommunizierte Massnahmen eingehalten werden?*

Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) wird die Antwort nachliefern. [siehe [Nachtrag](#) vom 08.12.2020]

2. **Yves Krebs: RAV-Zwischenverdienste statt Zivilschutz/Militär**

Yves Krebs (glp) hat zum letzten Satz der Antwort zur 2. Frage, lautend: «Ein verstärkter Einsatz dieser Personen wird im Zusammenhang der weiteren Ausdehnung des Contact Tracing geprüft», folgende Zusatzfrage: *Ist dies nun eine Hol- oder Bringschuld? Man sollte aktiv via RAV auf die Versicherten zugehen, damit nicht Hunderte beim Testzentrum oder einem Spital anrufen und nachfragen, ob sie einen Zwischenverdienst machen können.*

Regierungsrat **Thomas Webers** (SVP) Antwort lautet: Es finden diesbezügliche Stabsarbeitstage statt. Sicher könnten Vertreter des RAV genauer darüber Auskunft geben. Wenn es Stellensuchende mit KV-Erfahrung o. Ä. gibt, werden diese sicher vom RAV angefragt, bevor man medizinisches Fachpersonal einstellt.

Ermando Imondi (SVP) informiert zur Frage von Yves Krebs zusätzlich, dass man vom Seco kontaktiert worden sei. Es werden Anfragen vom RAV kommen. Das Ganze ist gut aufgegleist, man wird die Leute entsprechend zuweisen können, damit sie diesen Zwischenverdienst geltend machen können.

3. **Stephan Ackermann: Hotspot Gemeinden im Baselbiet**

Peter Riebli (SVP) stellt fest, dass in der Antwort stehe: «Eine Korrelation mit dem Ausländeranteil ist statistisch nicht belegt». Seine Zusatzfrage lautet: *Ist der Regierungsrat bereit, eine Statistik zu erfassen in den Testzentren und Spitälern, um die Aussagen aus der Presse, dass es bei bis zu 70 % der Corona-Fälle einen Migrationshintergrund gebe, zu prüfen und daraus entsprechend angepasste Massnahmen zu ergreifen, um diesen Bevölkerungskreis besser zu erreichen?*

Antwort: Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) führt aus, über den Lagedienst des KKS habe man verschiedene aktuelle Auswertungsmöglichkeiten, z. B. die Infektions- und Inzidenzwerte einzelner Ortschaften im Kanton, die dann zur Festlegung von Massnahmen herangezogen werden können. Der Regierungsrat ist bereit, weitere Statistiken ausarbeiten zu lassen, wenn diese der Festlegung von spezifischen weiteren Massnahmen dienen.

Hanspeter Weibel (SVP) hat folgende Zusatzfrage: *Ist beim heutigen Treffen mit Bundesrat Berse die Frage der statistischen Auswertung auch ein Thema gewesen, respektive ist der Regierungsrat bereit, die Frage auch auf nationaler Ebene abklären zu lassen?*

Antwort: Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) erklärt, Themen von nationaler Tragweite würden in der Regel über die Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektoren (GDK) eingebracht; das habe

er bereits am 26. November beim Austausch der GDK mit dem Bundesamt für Gesundheit (BAG) getan wie auch heute. Respektive die Frage wurde heute vom Chefarzt des Spitals gestellt, welcher die genannte Zahl von 70 % bestätigte, und es wurde auch auf die Problematik der Reisetätigkeit und des damit verbundenen Einbringens von Infektionen aus dem Ausland hingewiesen. Die bestehenden wie auch die ad hoc Kontakte werden intensiv genutzt.

Roman Brunners (SP) Zusatzfrage lautet: *Ist der Regierungsrat bereit, auch sozioökonomische Zusammenhänge in die statistische Auswertung mit einzubeziehen, z. B. Wohnverhältnisse, Arbeitsverhältnisse, die nicht im Homeoffice funktionieren, Ängste die geschürt werden und Massnahmen zur Pandemiebekämpfung, die nicht eingehalten werden?*

Antwort: Grundsätzlich könne sich das Virus umso stärker verbreiten, je enger die Leute beieinander seien, sagt Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP), oder wenn sie aus anderen Gründen die Schutz- oder Hygienemassnahmen nur unterdurchschnittlich befolgen (können). Das kann in der Tat bei Menschen der Fall sein, die überproportional von Armut betroffen sind und in engen Verhältnissen leben, seien dies Personen mit Migrationshintergrund oder Alleinerziehende. Erhebungen des Schweizerischen Roten Kreuzes zeigen auf, dass der Gesundheitszustand von Migrantinnen und Migranten generell schlechter ist als derjenige der einheimischen Bevölkerung, unabhängig von Corona. Dazu gehören gesundheitsbelastende Faktoren, u. a. ein niedriger sozioökonomischer Status, Verständigungsschwierigkeiten, belastende Wohn- und Arbeitsbedingungen, Traumatisierung und weitere Benachteiligungen. Das wird einzubeziehen sein. Es geht darum, dass mit der ganzen behördlichen Informations-, Präventions- und Kontrolltätigkeit alle Bevölkerungsgruppen zielgerichtet erreicht und so gut als möglich vor Infektion und Spitalbedürftigkeit geschützt werden. Die anonymisierten Auswertungen können in der Tat Hinweise geben, in welche Richtung die behördlichen Anstrengungen zu verstärken sind. Wichtig ist aber, dass Pauschalisierungen in jeder Form – sei dies in Bezug auf Alter, Geschlecht oder Herkunft – unzulässig sind, genauso wie pauschale Vorurteile gegenüber einzelnen Wirtschaftszweigen.

Marc Schinzel (FDP) stellt fest, zur Frage 1 heisse es im letzten Satz, die Korrelation mit dem Ausländeranteil sei statistisch nicht belegt. Zusatzfrage: *Geht der Redner richtig in der Annahme, dass mit dieser Aussage, die sich auf die einzelnen Gemeinden bezieht, nicht widerlegt ist, dass in den Spitälern der Anteil von Ausländerinnen und Ausländern höher sein kann?*

Antwort: Das trifft zu, entgegnet Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP). Es geht nicht primär um die Farbe des Passes, sondern um die Sprachkenntnisse, das Umfeld wie Grossfamilienstruktur, die beengten Wohnverhältnisse oder prekäre Arbeitsplatzsituationen bezüglich Hygiene sowie auch um das Verhalten. All dies kann durchaus eine Rolle spielen.

Erika Eichenberger Bühler (Grüne) zum sozioökonomischen Status der Menschen: Die Rednerin fährt regelmässig mit der S-Bahn um 6 Uhr zur Arbeit, der Zug ist jeweils sehr voll mit Menschen, die kein Auto haben und die vermutlich auch in eben diesen Hotspotgebieten, wo viele auf engem Raum leben, wohnen. Nun wird empfohlen, dass genau diese Menschen, um sich testen zu lassen, ein Auto benutzen sollten. Zusatzfrage: *Ist angedacht, dass Hausärzte und -ärztinnen und weitere Personen Tests vor Ort durchführen können? Die Rednerin hat heute auch ein Postulat zu diesem Thema eingereicht.*

Antwort: Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) verweist auf die mobilen Equipen im Testzentrum, welche für bewegungseingeschränkte Leute oder für die Belegschaften in Altersheimen und ähnlichen Institutionen Tests vor Ort durchführen. Der Regierungsrat nimmt die Anregung betreffend einen Ausbau dieser Dienstleistung gerne mit.

Thomas Eugster (FDP) sieht ebenfalls das Problem der Hotspots, und dass das Testen verstärkt werden muss. Wenn die Leute nicht zur Teststation fahren, müsse man zu den Leuten hingehen, was eine mobile Equipe bedinge. Es braucht aber auch die Bereitschaft der Leute, dass sie sich testen lassen. Zusatzfrage: *Könnte man die Menschen in Hotspotgebieten grundsätzlich dazu animieren, sich «durchtesten» zu lassen?*

Antwort: Sowohl Information und Kommunikation wie auch die Niederschwelligkeit des Testings sollen angepasst werden, versichert Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP). Natürlich müsse die Freiwilligkeit gewährleistet sein.

://: Alle Fragen sind beantwortet.
